

Der Briefetal-Bote erscheint
Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag. Der
Bezugspreis beträgt monatlich
1,20 RM. zuzüglich Bestell-
gebühr. Die einzelne Nummer
kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-
schäftsstelle Birkenwerder,
Bahnhof-allee 5 und von
allen Anzeigen-Expeditionen
angenommen. Die neugestaltete
Beitragseite kostet 25 Pfennig,
die Reklameseite 1 RM.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen
Neuendorf, Borgsdorf,
Briese, Lehnitz, Stolpe
Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005



für Bergfelde, Schönfließ
Frohna, Summt
und Umgegend
Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

Nr 133 | Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005 | Sonnabend, den 26. August 1933 | Politische Post Berlin 62 448 | 32. Jahrg

Großes Siedlungswerk der Arbeitsfront

Tagung des Kleinen Arbeitskonvents.

Berlin, 25. August.
Unter Vorsitz des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Staatsrat Dr. A. Sey, trat der Kleine Arbeitskonvent der Deutschen Arbeitsfront zu einer Tagung zusammen. Besonders eingehend wurde das Problem der Konsumverhältnisse behandelt, und die notwendigen Maßnahmen für die Umgestaltung der Konsumverhältnisse wurden erörtert. Das soziale Problem wurde eingehend durchberaten. Weiter wurde die am 15. September beginnende große Propaganda- und Werbeaktion der Deutschen Arbeitsfront besprochen.
Dr. Sey machte Mitteilung, daß die Deutsche Arbeitsfront auch ihrerseits mit aller Kraft am deutschen Arbeitsprogramm tätig mithelfen will. Als eine der ersten positiven Aufgaben in diesem Sinne wird die Arbeitsfront in enger Verbindung mit den zuständigen amtlichen Stellen ein großartiges und großartiges Siedlungswerk in Angriff nehmen.
Weiter umriß Dr. Sey die kulturellen Aufgaben der Deutschen Arbeitsfront die nach Feierabend den schaffenden deutschen Menschen Gelegenheit geben soll und muß, sich zu belehren und für die schärfere Arbeitszeit neue Kräfte zu sammeln. Entsprechende Pläne sind in Ausarbeitung. Zum Schluß der Tagung wurde bestimmt, daß am 2. Mai jedes Jahres der Große Arbeitskonvent zusammentritt, während halbjährlich eine Sitzung des Großen Arbeitskonvents stattfindet.

Die Heimat in der Arbeitsfront

Oberpräsident Kubes weitere Maßnahmen
Oberpräsident Gauweiler Kube hatte die Vertreter der Reichsbehörden sowie die der Industrie- und Handels-, der Landwirtschafts- und Handwerkskammern nach dem Landeshaus geladen, um mit ihnen die weitere Lösung der Arbeitsbeschaffung in Berlin, Brandenburg und der Grenzmark eingehend zu besprechen. Unter den Erscheinenden bemerkte man neben dem Vizepräsidenten Dr. Ullinger die Reichsbahnleitungspräsidenten von Berlin, Altona, Halle und Frankfurt (Oder), die Präsidenten der Oberpostdirektionen Berlin, Köln und Frankfurt (Oder), die Präsidenten der Industrie- und Handelskammern Berlin, Frankfurt (Oder) und Schneidemühl sowie der Handwerkskammern in den gleichen Orten, ferner den Treuhänder der Arbeit, Staatskommissar Engel, die Präsidenten der Landwirtschaftskammern von Brandenburg und der Grenzmark, den Leiter des Landesarbeitsamts Brandenburg und weitere Vertreter von Behörden, aus Industrie und Handel. Wie der Preussische Pressedienst der NSDAP über diese Sitzung mitteilt, betonte Oberpräsident Kube in seiner Begrüßungsansprache, daß wir vom Reichstagskanzler bis zum letzten Volksgenossen, jetzt alle die Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß jeder einzelne Arbeit und Brot findet.
Keinen Resortehrgeiz darf es auf diesem Gebiete geben, sondern nur reibungslose Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land, zwischen Reich und Staat. Das ist besonders notwendig, denn die Eisenbahn ist z. B. nicht Eigentum des Reiches, sondern Eigentum des Volkes, die Berliner Straßenbahn nicht Eigentum der Stadt, sondern Eigentum des Volkes. Ich bin mir klar, so erklärte Kube, daß es unmöglich ist, alle Berliner Arbeitslosen in Berlin zu beschäftigen. Wir müssen sie daher mit in der Provinz unterbringen.
Vizepräsident Dr. Ullinger erläuterte dann den bisherigen Rückgang der Arbeitslosigkeit, und zwar von 752 361 auf 693 316 in der Zeit vom 30. Juni bis 15. August. In der Zeit vom 31. Januar bis zum 30. Juni betrug der Rückgang in Berlin 11,89 Prozent (1932: 4,86 Prozent), in der Provinz Brandenburg 49,31 Prozent (1932: 31,96 Prozent) und in der Grenzmark 70,43 Prozent (1932: 58,86 Prozent). Dieser Rückgang gelang jedoch nur dank des Einflusses aller Stellen, und besonders der NSDAP. Der Redner beschloß sich dann mit der Schwarzarbeit und den Doppelverdienern, gegen die rückstandslos vorgegangen werden müsse. Ebenso müsse dafür gesorgt werden, daß die jetzt bei der Landwirtschaft Untergekommenen in der Beschäftigung verbleiben und ein Juristatuten in die Stadt während des Winters verhilft wird.
Im gleichen Sinne äußerte sich der Leiter des Arbeitsamtes Brandenburg, der mit einer interessanten Statistik aufwartete. Berlin hatte am 15. August 577 000 Erwerbslose, von denen 168 000 weibliche waren. Nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni waren unter 18 Jahren 15 000 erwerbslos, im Alter von 18 bis 25 Jahren 119 000 (davon 1914 geboren 11 000) und über 60 Jahren 25 000. Zwischen 25 und 60 Jahren waren es also 450 000. Durch Beschäftigung unberechtigten Doppelverdieners könnten 40 000 Stellen frei gemacht werden, ebenso würden Tausende von Stellen frei, wenn man Frauenarbeit durch Männerarbeit ersetzen würde. Eine sehr wirksame Maßnahme sei auch die Erziehung jüngerer Arbeitskräfte durch ältere.
Staatskommissar Engel, der Treuhänder der Arbeit, betonte ebenfalls, daß für Berlin die wichtigste Frage die Entlohnung sei. Man könne unmöglich für 600 000 Berliner Arbeit schaffen. Der Wohlfahrtsrat der Stadt Berlin betrage allein in diesem Jahre 360 Millionen. Das sei auf die Dauer für die Stadt untragbar.
Besonders scharf wandte sich Engel gegen die Schwarzarbeit in den verschiedenen Industriezweigen. Es gebe in Berlin 45 000 bis 50 000 Schwarzarbeiter. Besonders stark sei die Schwarzarbeit bei den Heimarbeitern festzustellen, ferner im Bau- und Transport- sowie im gastronomischen Gewerbe. In einem Berliner Betrieb habe man 70 Prozent Schwarzarbeiter gefunden. Die Schwarzarbeit könne nur durch eine genaue Kontrolle unterbunden werden; entsprechende Maßnahmen seien in Vorbereitung.
Engel betonte schließlich, daß bei Vergabe von Aufträgen Berlin nach Möglichkeit berücksichtigt werden müsse, um auch hierdurch der Arbeitslosigkeit in der Reichshauptstadt zu steuern. Diese Anregung wurde vom Oberpräsidenten Kube unterstützt, der noch hinzufügte, daß auch die Lausitzer Tuchfabriken bei Vergabe von Aufträgen mit herangezogen werden müssen. Im weiteren Verlauf der Sitzung betendeten die Vertreter der Post und Eisenbahn, der Industrie und des Handwerks ihre volle Mitarbeit. Einstimmig betonten sie, daß sie alles tun würden, um einmal die jetzt Reueingestellten in der Arbeit zu belassen, andererseits im Rahmen des möglichen neue Kräfte einzustellen. Alle begrüßten die Einführung eines Arbeitspasses, die Bekämpfung der Schwarzarbeit und versprachen, die Arbeit nur durch solche Handwerker ausführen zu lassen, die Gezellen beschäftigen und keine Bekleidungsindustrie betreiben. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, daß nicht nur die Schwarzarbeiter bestraft werden, sondern in erster Linie die Arbeitgeber. In

seinen Schlussworten führte Oberpräsident Kube nochmals aus, daß in Berlin und in den ihm anvertrauten Provinzen alles geschehen werde, um im Sinne des Führers die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.
Wenn im Frühjahr 1934 die dritte Welle zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beginne, sei zu hoffen, daß dann die Arbeitslosigkeit in Brandenburg und in der Grenzmark restlos, in Berlin zum größten Teil beseitigt sei.

Beicht die Ausstellung des Arbeitsdienstes

Deutsche Frauen und Männer!

Nachdem ich heute auf Einladung des Oberarbeitsführers Eisenbed die Ausstellung des freiwilligen Arbeitsdienstes im Schützenhaus in Frankfurt (Oder) besichtigt habe, konnte ich die Feststellung machen, daß die unter unsäglichen Mühen zusammengestellte Schau deutscher Arbeitsleistung von einer so ungeheuren wirtschaftlichen Bedeutung für die Erneuerung unseres Volkes ist, daß ich von meinen Parteigenossen verlangen muß, dieses musterartige Beispiel einer Vormärtsentwicklung eines der Hauptziele unseres Führers sich anzueignen. Sie würden damit gleichzeitig jedem einzelnen Freiwilligen, der durch Opferung seiner Freizeit an diesem Werk gearbeitet hat, die größte Anerkennung erweisen.
Heil Hitler!
Staatsrat Wilhelm Kube, Oberpräsident der Provinzen Berlin, Brandenburg und Grenzmark

Reichstagsattentäter vor Gericht

Hauptverhandlung am 21. September

Leipzig, 25. August.
Der Präsident des Dritten Strafsenates hat den Termin zur Hauptverhandlung in der Reichstagsbrandstiftung auf Donnerstag, den 21. September 1933, vormittags 9 Uhr, anberaumt.
Die Hauptverhandlung findet in Leipzig statt, die Beweisaufnahme jedoch mit Rücksicht auf die notwendigen Augenzeugen in Berlin wohnen, im Reichstagsgebäude.
Die mit Spannung erwartete Entscheidung ist gefallen: Präsident Dr. Büniger vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat den Prozeßbeginn in der Reichstagsbrandstiftung bekanntgegeben. Am 21. September wird nun im traditionsreichen Hauptplatzsaal des höchsten deutschen Gerichtshofes in Leipzig der Reienprozeß seinen Anfang nehmen, bei dem es gilt, den verbrecherischen Anschlag auf das deutsche Reichstagsgebäude zu sühnen. Die fünf Angeklagten, ihrer Nationalität nach bunt zusammengewürfelt, werden sich gegenüber den ihnen zur Last gelegten schweren Anschuldigungen zu verantworten und zu verteidigen haben.
Dem 40jährigen früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten Ernst Torgler wird dabei als Wahlvereidigter Rechtsanwalt Dr. Sak-Berlin zur Seite stehen; der 24jährige Maurer Marinus van der Lubbe wird durch den ihm vom Reichsgericht als Pflichtverteidiger beigeordneten Rechtsanwalt Seuffert-Leipzig und die drei weiteren Angeklagten, der 51jährige Schriftsteller Georgi Dimitroff, der 31jährige Student Blagoj Popoff und der 36 Jahre alte Schuhmacher Wassil Laneff werden durch Rechtsanwalt Dr. Teichert-Leipzig vertreten.
Der Richter harret eine schwere Aufgabe. In mühseliger Kleinarbeit werden sie sich durch das überaus umfangreiche Prozeßmaterial durcharbeiten müssen, das in nicht weniger als 35 dickleibigen Aktenbänden vorliegt. Ihre besondere Aufgabe ist es, das Ergebnis der Voruntersuchung an Hand der mündlichen Aussagen in der Hauptverhandlung nachzuprüfen, wobei ihnen als Begleiter die Anklageschrift des Oberreichsanwalts dient, ein stattlicher Band von mehr als 230 Seiten Inhalt.
Zur Stützung ihrer Anklage hat die Reichsanwaltschaft insgesamt 110 Zeugen und Sachverständige geladen, doch besteht die Möglichkeit, daß sich diese Zahl noch erheblich erhöht. Denn einmal kann auch das Gericht von Amts wegen Zeugen laden, soweit ihm das für das Ergebnis der Beweisaufnahme wesentlich erscheint, und nicht zuletzt haben die Angeklagten das Recht der weiteren Zeugenbenennung.

Kampf der Schwarzarbeit!

Einführung eines Arbeitspasses

Berlin, 25. August.
Auf einer großen Kundgebung der Arbeitsfront und Führung der BSW im Sportpalast machte Staatskommissar Engel Mitteilung von einer neuen Maßnahme gegen die Schwarzarbeit.
Es soll ein Arbeitspaß für bestimmte Branchen eingeführt werden, und zwar zunächst für die Bauindustrie, dann für das Transportgewerbe einschließlich der Großgaragen, die Heimindustrie in der Konfektion und vornehmlich auch für das Gastwirtschaftsgewerbe. Jeder, der in einem solchen Betrieb arbeitet, muß einen Arbeitspaß haben und ihn immer bei sich führen. Der Arbeitgeber, der jemand ohne solchen Paß beschäftigt, werde unter Druck genommen.

Gemeinschaftsgeist und Opfer Sinn

Schrittmacher der Arbeitsbeschaffung.

Vom Deutschen Industrie- und Handelsrat wird mitgeteilt: Ein Beispiel, wie durch Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Wirtschaftsbereitern die vom Führer eingeleitete große Arbeitsfront unterstützt werden kann, wird aus der Stadt Krefeld-Uerdingen berichtet. Seit langer Zeit hatte sich in Krefeld-Uerdingen, das über keine Rheinbrücke verfügt, und dessen Straßenverbindungen zum Rheingebiet denkbar schlechte sind, die Notwendigkeit eines Brückenbaues ergeben. Die Stadt Krefeld-Uerdingen hat sich entschlossen, durch Einkehr ihrer letzten Reklaren diesen Brückenbau zu ermöglichen. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichten jedoch nicht aus, um das Vorhaben restlos zu finanzieren.
Die noch fehlenden Mittel wurden durch eine großzügige Werbung der Industrie- und Handelskammer Krefeld unter Führung ihres Präsidenten beschafft. Binnen wenigen Tagen konnte der Stadt ein Betrag von einer halben Million Reichsmark als freiwillige Spende der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden, die sich neben namhaften Summen großer Betriebe auch aus kleinsten Beträgen zusammensetzte. In der letzten Sitzung des Kreditausschusses der Deifa ist das von Krefeld erbetene Darlehen bewilligt und damit die Durchführung des Vorhabens gesichert worden, durch das gegen 1000 Arbeiter für mindestens zwei Jahre Beschäftigung erhalten.

Anfall eines deutschen Flugboots

Göteborg, 25. August. Der Dampfer „Halmstad“ der Bismarck-Linie in Hamburg traf mit dreieinhalbstündiger Verspätung mit dem Flugzeug D 1647 der Deutschen Luft Hansa im Schepptau in Faltensberg an der schwedischen Westküste ein. Auf der Reise von Helsingborg nach Faltensberg hatte der Dampfer auf sechs Seemeilen am Lande entfernt das Flugboot treibend auf hoher See angetroffen. Das Flugboot hatte Notsignale geschickt und schwer gegen die Wellen zu kämpfen. Alle Verluste, Passagiere und Besatzung an Bord der „Halmstad“ zu nehmen, mißlang, bis ein Bergungsdampfer eintraf und mit Hilfe des Rettungsbootes die Passagiere, zwei englische Damen, einen Deutschen und zwei Norweger an Bord der „Halmstad“ bringen konnte. Die aus drei Mann bestehende Besatzung blieb an Bord des Flugbootes. Das Flugboot mußte wegen Motordefekts zu Wasser gehen. Passagiere und Besatzung sind wohlant, aber das Flugboot ist stark beschädigt.

Ehemaliger Minister ermordet

Belgrad, 25. August.
In Jataz in der Nähe von Zagreb wurde der kroatische Abgeordnete und ehemalige Minister Neudorfer von einem Unbekannten durch drei Revolverkugeln getötet. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die Mordtat politische Natur hat. Neudorfer, der seinerzeit der kroatischen Bauernpartei angehört hatte, die für die Selbständigkeit Kroatiens eintrat, daß diese Partei schon vor Jahren verlassen und sich der Regierung angeschlossen.